

Der nächste US-Wahlkampf wird historisch

Gegen Ex-Präsident Trump laufen jetzt vier Verfahren: „Dreizehn Verstöße in Georgia“, FR-Politik vom 16. August

Eine beständige Gefahr für Nato und USA

Wenn ein russischer Bürger den wahnsinnigen Versuch machen würde, Wladimir Putin zu stürzen, so stände er wohl wenigstens eine Woche später vor Gericht und würde zu lebenslänglichem Straflager verurteilt werden. Donald Trump läuft drei Jahre nach seinem Umsturzversuch immer noch frei herum und strebt mit Hilfe seines sozialen Netzwerkes „Truth Social“ nach einer stetigen Vergrößerung seiner hasserfüllten Anhängerschar mit dem Zwecke, aus der nächsten Präsidentschaftswahl als Sieger hervorzugehen.

Der Mann ist nicht nur ein Schwerkrimineller, sondern eine beständige Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika. Trotzdem hat es die amerikanische Justiz noch nicht einmal fertiggebracht, ihn von einer Kandidatur bei den nächsten Präsidentschaftswahlen auszuschließen. Wieso?

Der frühere amerikanische Präsident Calvin Coolidge hat es auf den Punkt gebracht. Zitat: „Das Geschäft Amerikas ist es, Geschäfte zu machen!“ Donald Trump dürfte finanziell so gut ausgestattet sein, dass er sämtliche Rechtsanwältinnen der USA einspannen kann, um bei den zu-

ständigen Gerichten einen Aufschub nach dem anderen bei der Vorbereitung der diversen Prozesse gegen ihn zu erwirken!

Erfolg oder Scheitern der Gerichtsverfahren gegen Trump ist leider nicht bedeutungslos für Europa, weil Trump Interesse dafür bekundet hat, die USA aus der Nato hinauszuführen. Hoffentlich beginnt Nato-Europa jetzt damit, sich vorsorglich Gedanken darüber zu machen, was an dem Tag geschehen müsste, an dem Westeuropa nicht nur von Moskau, sondern auch von Washington bedroht wird!

Otfried Schrot, Hannover

Große Gefahr für die westlichen Werte

Die Vorwürfe gegen Ex-Präsident Trump sind wirklich ungeheuerlich, und es ist zu hoffen, dass es zu einer schnellen und zeitnahen Verurteilung dieses Demokratie- und Menschenverächters kommt. Den Demokraten muss es gelingen, in einem als historisch zu bezeichnenden Wahlkampf die unentschiedenen und wechselwählenden US-Bürgerinnen und Bürger von der Gefahr einer erneuten Wahl Trumps und der Notwendigkeit der Wiederwahl des soliden handelnden Joe Biden zu überzeugen. Es steht viel, ja

sehr viel auf dem Spiel, denn Amerikas Wählerinnen und Wähler entscheiden über die innere Verfasstheit der Vereinigten Staaten genauso wie über den Zustand dieser Welt insgesamt. Angesichts der beiden Diktaturen in Russland und China käme ein neuerlicher Wahlsieg Donald Trumps einem Suizid der positiven westlichen Werte gleich.

Es darf nicht passieren, dass die USA ihre Verbündeten unter einem Präsidenten, der nur auf sein eigenes Ego fixiert ist, wie am Nasenring durch die Manege zieht und dabei auf den Werten der US-Verfassung sozusagen herumtrampelt.

Manfred Kirsch, Neuwied

Trump wird die Verfahren überstehen

Wird es eng für Trump? Kackt der Bär ins Dixi-Klo? Ist der Papst evangelisch? Also: Nein! Dafür hat Trump zu viel Rückhalt, angefangen bei den rechtskonservativen Richter:innen des Obersten Gerichtshofs (die er teils selbst eingesetzt hat) über seine republikanischen Parteifreunde, die alle Gerichtsverfahren gegen ihn blockieren, bis zu seiner bewaffneten klerikal-faschistischen Anhängerschaft.

Werner Huth, Ascheberg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230816

FR ERLEBEN

Jutta Rippegather und Hanning Voigts moderieren die Diskussion „Alles im Wandel – Wo bleibt der Mensch?“ Eine Veranstaltung der FR zur Hessenwahl. Mit Tarek Al-Wazir (Spitzenkandidat Grüne), Nina Haible-Baer (Goethe-Uni), Jörg Köhlinger (IG Metall).
Donnerstag, 7. September, 19 Uhr Haus am Dom, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit der Historikerin Marie-Luise Recker und dem Historiker Michael Fleiter über das Buch „Tradition und Wandel Frankfurt am Main“.
Donnerstag, 7. September, 19.30 Uhr Buchhandlung „Weltenleser“ Oeder Weg 14, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Podiumsdiskussion zum 50. Jahrestag des Militärputsches in Chile unter dem Titel „Nunca Más – Nie wieder“. Mit Ruth Kries (Unidad Popular), Dieter Hooge (Chile-Solidarität) u.a.
Sonntag, 10. September, 11 Uhr Gewerkschaftshaus Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77 Frankfurt

Tobias Schwab moderiert die Diskussion „Hessen in globaler Verantwortung? – Junge Menschen befragen Landtagskandidat:innen zur Entwicklungszusammenarbeit“.
Mittwoch, 13. September, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Wer versteht Faeser?

Sprachliche Gewalt: „Vom Wort zur Tat“, FR-Feuilleton vom 14. August

Frau Faeser findet fast jeden Tag ein neues Thema für sich und um es dann zu teilen; und sei es noch so banal oder an den Haaren herbeigezogen. Diesmal möchte sie Clan-Mitglieder abschieben, aber wie soll das gehen, wenn viele von denen einen deutschen Pass haben oder staatenlos sind? Wer möchte solche Leute im Land haben? Stichwort Fachkräftemangel.

Ferner ist die Abschiebung Ländersache, die weiß Frau Faeser als Bundesministerin. Also ist das Ganze Wahlkampfgetöse? Wir in Hessen sollen also SPD wählen, aber warum? Besser wäre es doch, Frau Faeser kümmerte sich um die Sicherung der Grenzen gegen illegale Einwanderung, was ja ihre Kernaufgabe wäre. Aber komischerweise sperrt sie sich dagegen vehement. Wer soll das verstehen, geschweige denn sie wählen?

Hans Jürgen Beck, Frankfurt

Immer drauf auf die Schwächsten

Zitat: „Seid Ihr noch ganz bei Trost?“ Zur politischen Hetze gegen Zuwanderung und „das Recht auf Asyl“. Ich füge noch eine Rätselfrage an: Wie nennt man eine Variante zum Asylrecht, die es gar nicht gibt? Lösung: Nansylrecht.

Asylrecht ist Menschenrecht. Wer schnitzt da an der Rechtssubstanz herum? Hat sich Herr Seehofer hier „nur mal verschlimmert“ und die „gute SPD-Nancy“, die mit im Raum war, co-infiziert? Ja, geht's noch?

Und doch droht neues Unheil – wie bisher – durch gewissenloses Gerede aus den Rechtsruck-Ecken der CDU und anderer. Die Säue, die neu durchs Dorf getrieben werden, nennen sich: Flatrate-Mentalität bei Krankenversicherten, Clankriminalität, Asyltourismus und Erleichterung der Abschiebepaxis hatten wir schon. Immer weiter: von den Vertriebenen über die Schwächsten der Gesellschaft. jetzt die Kranken und Pflegebedürftigen. Wo soll das enden?

Zitat von Stephan Hebel aus der FR vom 28.8.2019 („Bewusstlos am Steuer“, hier sinngemäß, auch zu diesem Thema wiedergegeben): „Das hieße, den Schaden mit seiner Ursache zu versöhnen. Wann verstehen wir, dass es verlogener Unsinn ist?“
Heinz-A. Hetschold, Witten

Die EU bekommt keine gerechte Verteilung hin

Alle Augen schauen nach rechts. Der Höhenflug der AfD muss gestoppt werden. Abschieben noch bevor ein Flüchtling EU-Außengrenzen überquert hat: Das Grundrecht auf Asyl wird so verhindert, um das immer wiederkehrende Narrativ der schleichenden Einwanderung in die Sozialsysteme zu verhindern. Die EU-Asylpolitik schafft es nicht, eine gerechte Verteilung zu organisieren. Asyl ist Menschenrecht und eine selbstverständliche Pflicht.
Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Armut wird über Generationen vererbt

Zu: „Sparpolitik gegen die Schwächsten“, FR-Tagesthema vom 12. August

Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre

Der Artikel beginnt mit „Es ist paradox“. Ich finde, es ist nicht nur paradox, es ist eine Schande. Da werden in Nullkommanix 100 Milliarden bereitgestellt, um „im Bedarfsfall“ möglichst schnell möglichst viele Menschen umzubringen. Und um das auch für die Zukunft sicherzustellen, will man jährlich mindestens 60 Milliarden (oder sind es 80?, egal) dafür ausgeben. Aber 100 Millionen (= 0,1 Prozent des Sonder-„Vermögens“), um Menschen ein Leben halbwegs in Würde zu ermöglichen – nee, das geht nicht.

Typisch für die FDP ist der Hinweis auf nichtstaatliche Stellen, die mehr Aufgaben übernehmen sollen. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre. Trotzdem habe ich eine Idee. Mir geht es um die Einbeziehung von Entgeltspitzen bei Lohn und Gehalt bzw. bei der Rente und Zuführung dieser Mittel in einen Solidarfonds. Beispiel: das Nettoentgelt bzw. die Rentenauszahlung beliefe sich auf xx.134,69 Euro. Jeder Empfänger kann auf 69 Cent verzichten, ohne zu verhungern, die meisten auf 4,69 Euro, sehr viele auf 34,69 Euro und manche auf 134,69 Euro. Wenn sich von den gut 40 Millionen Beschäftigten etwa 20 Millionen und von den 20 Mio Rentnern acht Millionen daran beteiligen würden, kämen einige hundert Millionen Euro zusammen, und die Lücke zwi-

schen dem Bedarf und den verfügbaren Mitteln wäre um Einiges kleiner. Ob sich die Gewerkschaften für eine solche Idee erwärmen könnten? Ich jedenfalls werde an die Rentenversicherung schreiben und an meinen früheren Arbeitgeber, der mir monatlich Betriebsrente zahlt. Mal sehen, was dabei herauskommt. Vielleicht bin ich ja nur ein verträumter alter Spinner, der immer noch Gemeinschaft, Solidarität, Anstand und ähnlich Altertümliches für wichtig hält.

Dietrich Buroh, Frankfurt

Seit Jahrzehnten ist Armut ein Skandal

Die Armut kommt von der Powerteh, sagte vor Zeiten Fritz Reuter und wollte mit dieser pleonastischen Redewendung zeigen, wie wenig Mühe man sich gab, das Phänomen der Armut in einem reichen Land zu analysieren geschweige denn ernsthaft anzugehen. Das gilt bis heute: Armut ist ein sehr komplexes Thema, sagen Politiker, wenn sie gebeten werden, Ursachen und Abhilfen zu benennen. Eigentlich gar nicht so nebulös, sondern verursacht durch externe Faktoren wie eine falsche Sozialpolitik und schwere interne, systemische Mängel, erklären Armutsforscher wie der Sozialwissenschaftler Butterwege.

Fakt ist – und die Statistiken des Bundesamts belegen es –, dass Armut über Generationen hinweg „vererbt“ wird durch die Armut der Eltern. Nicht nur ein

Armutszeugnis für die Regierenden, sondern gemessen am ziffen und seit Jahrzehnten beschworenen Maßstab einer gerechten Bildungspolitik mit gleichen Startchancen für alle Kinder ein Skandal! Schon 1964, also vor etwa drei Generationen, nannte Picht solch gravierende Mängel zu Recht „Bildungskatastrophe“ und einen Zivilisationsbruch.

Das wirkte zunächst wie eine fatale Zeitdiagnose, und progressive Kräfte sorgten in einem Kulturkampf ohnegleichen für einige Reformen wie die Einführung der Gesamtschule, die allerdings bald durch konservative Kräfte eingedampft worden sind. Das Ergebnis: Im europäischen Bildungsranking liegt die BRD im unteren Drittel, weit hinter Slowenien, Tschechien und Dänemark. Noch krasser sieht es beim relativen Armuts-Reichtumsgefälle aus, das eine Korrelation zum Bildungswesen bildet. Hier weist die BRD die größte Schere zwischen Arm und Reich auf. Es werden bei der Finanzierung von Bildung etwa 20 Milliarden jährlich notwendig sein, so übereinstimmend die Bildungsforscher. Lindner will lediglich ein Zehntel dieser Summe in den Haushalt einstellen. Und Pistorius hält die Bundeswehr, die durch Zuwächse, Aufstockungen der Soldatenstärke und Entnahmen aus dem „Sondervermögen“ etwa um 80 Prozent höhere Mittel erhält, für unterfinanziert.

Jörg Sternberg, Hanau